

Ausschuß für Innere Verwaltung

Protokoll

25. Sitzung (nicht öffentlich)

11. Juni 1992

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 12.50 Uhr

13.20 Uhr bis 13.55 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD)

Stenographen: Müller, H. U. Müller (als Gäste)

Verhandlungspunkte:

Seite

**1 Zügige Umsetzung der Ergebnisse des Kienbaum-Gutachtens
"Funktionsbewertung der Schutzpolizei"**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 11/3463

Vorlagen 11/655, 11/1046 und 11/1132

1

Anhörung von Sachverständigen

Sachverständiger	Sprecher	Seiten
Gewerkschaft der Polizei	Steffenhagen	3, 26, 39
Bund Deutscher Kriminal- beamten	Jaeger	9, 31
Deutsche Polizeigewerk- schaft im Deutschen Beamten- bund	Thiemann	19, 35

	Seiten
Vorsitzender	2, 39
Abgeordneter Frechen (SPD)	25, 38
Abgeordneter Paus (CDU)	24
Abgeordneter Appel (GRÜNE)	26

Seiten

2 Entwicklung der Straffälligkeit bei Asylbewerbern von 1985 bis 1991**Vorlage 11/1243****40**

In der Diskussion gestellte Fragen wird der Innenminister schriftlich beantworten.

3 Anhaltepraxis der Polizei zur Nachtzeit

Vorlage 11/1341

42

4 Drittes Gesetz zur Änderung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer verwaltungsrechtlicher Vorschriften (siehe Anlage)Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/3080

44

5 Datenschutz

46

Die Diskussion wird vertagt.

6 Gesetz über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmer (RettG)Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/3181
Zuschriften 11/1651 und 11/1652

47

Der Ausschuß will das Thema zu einem späteren Zeitpunkt aufrufen, falls die angekündigte Schlußabstimmung des zuständigen Ausschusses bis dahin nicht erfolgt ist.

6 Gesetz über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmer (RettG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/3181
Zuschriften 11/1651 und 11/1652

Der **Vorsitzende** teilt mit, daß der zuständige Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge bereits eine Anhörung zu diesem Gesetz durchgeführt habe und laut Schreiben des Vorsitzenden dieses Ausschusses am 24.06.1992 abschließend beraten und beschließen wolle. Es frage sich, ob für den Innenausschuß noch Spielraum für eine eigene Beratung gegeben sei. Seitens der Fraktionen sei ihm bisher kein Wunsch nach entscheidender Mitberatung bekanntgeworden.

Abgeordneter Stallmann (CDU) bemerkt hierzu, er habe an der erwähnten Anhörung teilgenommen. Es sei vereinbart worden, ihr Ergebnis auszuwerten und erst nach Vorliegen dieser Auswertung zu beschließen. Die Auswertung stehe aber sowohl jetzt wie sicherlich auch in der nächsten Woche noch aus.

Der **Vorsitzende** fragt, ob der Ausschuß für den Fall, daß die angekündigte Schlußabstimmung des zuständigen Ausschusses bis dahin nicht erfolgt sei, das Thema zu einem späteren Zeitpunkt aufzugreifen wünsche. Dies wird durch Zuruf allgemein bejaht.

Abgeordneter Paus (CDU) regt an, zu veranlassen, daß die mit dem Gesetzentwurf befaßten Kollegen der einzelnen Fraktionen zu der Sitzung des Arbeitsausschusses eingeladen würden.